GS-21 SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Einführung einer Impfpflicht

Beschluss: Annahme

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass eine Impfpflicht gegen Masern eingeführt wird. Die SPD wird sich daher für eine verbindliche gesetzliche Regelung einsetzen, die das Impfen von Neugeborenen und Kindern bis zum sechsten Lebensjahr gegen Masern verpflichtend regelt.

In dieser gesetzlichen Regelung sollen auch Sanktionen für den Fall der Nichtbefolgung geregelt werden. Ferner sind gesetzliche Möglichkeiten zu prüfen, auch (junge) Erwachsene zwischen 18 und 45 Jahren verpflichtend zu impfen.

Überweisen an

Bundestagsfraktion